

Medienmitteilung

Bern, 26. November 2025

AHV2030: KMU sollen zahlen – ohne jede strukturelle Reform

Mit seinen Leitlinien zur AHV2030 legt der Bundesrat eine klare Priorität fest: Er erhöht die Arbeitskosten, statt die eigentlichen Faktoren für eine nachhaltige Stabilisierung der AHV anzupacken. Eine Anpassung der Lebensarbeitszeit ist nicht vorgesehen, während gleichzeitig die Belastungen für KMU, Selbständigerwerbende und Familienunternehmen massiv steigen sollen. Zudem ignoriert der Bundesrat den Auftrag des Ständerates, eine unabhängige Expertengruppe einzusetzen.

Neu sollen Krankentaggeld- und Unfalltaggelder der AHV-Beitragspflicht unterstellt werden, obwohl sie heute ausdrücklich ausgenommen sind. Für die Unternehmen bedeutet dies zusätzliche und beträchtliche Kosten auf Lohnbestandteilen, die bislang nicht der AHV unterstanden – ein spürbarer Anstieg der Arbeitskosten, gerade für kleinere Betriebe, die schon heute Mühe haben, die Taggeldversicherung zu finanzieren. Gleichzeitig will der Bundesrat bestimmte Dividenden als Lohn umqualifizieren, was einen direkten Eingriff in die üblichen Strukturen von Familienunternehmen darstellt, die Dividenden als normale Vergütung des unternehmerischen Risikos und zur Stärkung der Eigenmittel einsetzen. Auch Selbständigerwerbende sollen höhere Beiträge leisten, obwohl sie die wirtschaftlichen Risiken bereits vollständig allein tragen.

Massnahmen mit Symbolcharakter ohne Wirkung

Die angekündigten Massnahmen zur Förderung der Erwerbstätigkeit nach dem Referenzalter bleiben rein symbolisch und ohne echte Wirkung angesichts der demografischen Entwicklung. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass jede strukturelle Reform fehlt. Zudem ist klar, dass die Unternehmen neben diesen neuen Abgaben auch noch die zusätzlichen Finanzierungen für die 13. AHV-Rente tragen müssen. Zudem ignoriert der Bundesrat den Auftrag des Ständerates, eine unabhängige Expertengruppe einzusetzen, wie es Mitte Ständerat Fabio Regazzi, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, in einem Postulat im Juni 2025 gefordert hat und das überwiesen wurde ([» Link Website Parlament](#)). Genau deshalb braucht es dringend eine kohärente Gesamtsicht.

Der sgv fordert eine mutige, umfassende Reform der AHV, die endlich auch die Frage der Lebensarbeitszeit angeht und die Fehlentwicklung stoppt, immer neue Kosten auf KMU, Selbständigerwerbende und Familienbetriebe abzuwälzen.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74

Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.